

Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Bundeskanzleramt Berlin
Dorotheenstraße 84
10117 Berlin

2006-12-02, Essen

Offener Brief an Bundeskanzlerin Merkel

Deutschland muss sich seiner Verantwortung während der EU-Ratspräsidentschaft im Nahost-Konflikt stellen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel;

Wir, die Unterzeichnenden, wenden uns mit der Aufforderung an Sie, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, die EU - Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, um den Krieg im Nahen Osten zu einem friedlichen Ende zu bringen.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie auf die israelische Regierung politisch dahingehend einwirken, das Israel das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004, welches durch die UN-Resolution ES –10/15 ratifiziert worden ist, umsetzt und dem Völkerrecht Geltung verschafft.

Zu Ihrer Erinnerung:

“Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Bau der Mauer geschaffene Situation aufrecht zu erhalten:“ (IGH 2004)

In der Berliner Erklärung “Schalom 5767“ (siehe Anhang) fordern deutsche Juden die israelische Regierung u. a. auf:

- dem palästinensischen Volk ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen
- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren.

Sehr geehrte Frau Merkel, es gibt politische Alternativen für eine Lösung des Nahost – Konfliktes. Als Mitglieder der Zivilgesellschaft eines EU – Mitgliedstaates fordern wir Sie auf, die deutsche EU – Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen um:

Sofortige

- humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges im Libanon wie im besetzten Palästina
- sowie Hilfe beim Wiederaufbau beider Länder
- Aufhebung der Sanktionen gegen die palästinensische Autonomiebehörde und das Palästinensische Volk
- Freilassung aller unter rechtsstaatlichen Bedingungen inakzeptabler „Administrativhaft“ eingekerkelter Palästinenser
- Freilassung der palästinensischen Kinder aus israelischer Haft
- Einstellung und umfassendes Verbot aller Waffenlieferungen, Kriegsgewehren und Ersatzteilen in den Nahen Osten

Weiter fordern wir Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass:

- das europäische Assoziierungsabkommen und die damit einhergehenden Vorteile für Israel ausgesetzt wird, bis die israelische Regierung die an dieses Abkommen geknüpften Bedingungen, wie z.B. die Einhaltung von Menschenrechten, erfüllt
- die EU die finanziellen Hilfen für Palästina wieder aufnimmt
- Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch die Kriegsparteien erfolgen
- entsprechende Strafverfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet und Kompensationszahlungen festgelegt werden
- die Mitgliedstaaten der EU den völkerrechtswidrigen Mauerbau in der Westbank verurteilt und Israel zum Mauerabriss auffordert
- eine Umsetzung aller UN-Resolutionen erfolgt. Dazu gehören neben der Entwaffnung der Hisbollah das Ende der israelischen Besatzung und der Rückzug aus dem Westjordanland, aus Ostjerusalem, Gaza und Golan
- die illegale Besiedlung und Annexion von Land durch Israel beendet wird
- palästinensische Flüchtlinge ein anerkanntes Rückkehrrecht mit entsprechenden Regelungen erhalten
- Israel den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert.

Wir erwarten von Ihnen als verantwortliche Politikerin, dass Sie sich für die friedliche Zukunft im Nahen Osten, der Gerechtigkeit und Gleichheit der Völker dafür einsetzen, dass:

- eine ABC – Waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten eingerichtet wird
- weitere Schritte zur konventionellen Abrüstung in der Region angemahnt, eingeleitet und überprüft werden
- die EU – Partnerschaft mit Syrien wieder eingesetzt wird
- die EU Initiativen unterstützt, die sich für die israelisch – palästinensische Verständigung einsetzen
- die Bewegung der israelischen Kriegsdienstverweiger/-innen unterstützt wird
- eine ständige Nah- und Mittelost Konferenz nach dem Vorbild der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) unter Beteiligung aller Staaten und relevanten Konfliktparteien der Region, wie im Antrag der Linksfraktion im Bundestag, Drucksache 16/2572, formuliert, eingerichtet wird
- diese Sicherheitskonferenz das Ziel der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitiger Sicherheitsgarantien verfolgt, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Genfer Initiative und die der Arabischen Liga
- gewährleistet wird, dass palästinensische und arabische Vertreter und Experten zu o.g. und jeder anderen Friedenskonferenz in Europa ohne Behinderung reisen können
- westliche Delegationen ohne Beschränkungen und Behinderungen in die besetzten Gebiete und den dort gewählten Autonomiebehörden reisen können.

In der Erwartung, dass Sie sich diesem politischen, konfliktbelastetem Handlungsfeld stellen und friedensorientiert tätig werden, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Bärbel Beuermann

Isabelle Casel